

Hamburger Abendblatt

Ärzte verweigern Operationen

Tarifstreit: Honorare zu niedrig. Patienten sollen bar bezahlen oder gehen. Kassen: Das ist rechtswidrig.

Von Ludger Fertmann
Hannover -

Es geht eigentlich um Geld, aber ausgetragen wird der Streit zwischen Krankenkassen und niedergelassenen Chirurgen in Niedersachsen auf dem Rücken der Patienten. Weil ihnen die neuen Honorarsätze zu niedrig sind, streichen die Mediziner auch bereits fest vereinbarte ambulante Operationstermine.

Schlicht rechtswidrig nannten das gestern in Hannover Vertreter der Kassen. Etwa 1000 ihrer Mitglieder seien von ambulant operierenden Ärzten binnen zwei Wochen wieder nach Hause geschickt worden. Vielen sei angeboten worden, bar zu bezahlen - verbunden mit dem Risiko, auf Kosten sitzenzubleiben.

Nicht einmal die Krankenkassen bestreiten, daß die annähernde Halbierung der Honorare für die Chirurgen seit April nicht zu verkraften ist. Man habe aber kein Geld gestrichen, sondern die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen (KVN) habe das vorhandene Geld in eigener Verantwortung zugunsten anderer Facharztgruppen anders verteilt.

Die Chirurgen verteidigen sich, ohne Einschränkung der Leistungsangebote drohe ihren Praxen der Ruin. Der Berufsverband glaubt jeden zweiten Mediziner auf seiner Seite, nach Kassenangaben beteiligten sich nur zehn Prozent der 1200 Chirurgen und Augenärzte. Die Kassen drohen nun, ambulante Operationen verstärkt an Krankenhäuser zu vergeben. Und sie wollen Schadenersatz fordern im Falle etwa jenes Berufskraftfahrers, der nicht arbeiten kann, weil sein Grauer Star nicht operiert wird. Hier werden, so die Kassen, Patienten zum Spielball von Ärztefunktionären.

Die Auseinandersetzung erinnert an den seit zwei Jahren schwelenden Konflikt zwischen Kassen und Kieferorthopäden. Und am Mittwoch werden auch in Niedersachsen viele andere niedergelassene Ärzte ihre Praxen aus Protest gegen die Gesundheitspolitik schließen.

erschieden am 13. Dezember 2005